

# Im Gleichschritt mit dem digitalen Wandel

**Die Digitalisierung verändert sämtliche Lebensbereiche, insbesondere die Wirtschaft und die Arbeitswelt. Wie sollen Politik und Verwaltung auf offene Fragen der digitalen Wirtschaft reagieren? Noch fehlen bewährte Rezepte, um den rasch voranschreitenden Wandel mit geeigneten Rahmenbedingungen zu begleiten.**

Die Digitalisierung der Wirtschaft ist der Megatrend der letzten Jahre. Die datenbasierte Wirtschaft brachte den Onlinehändler Amazon und digitale Plattformen wie den Taxivermittler Uber oder die Übernachtungsplattform Airbnb hervor. Dank sinkenden Transaktionskosten internetbasierter Plattformen dehnen sich solche Geschäftsfelder aus und pflügen ganze Wirtschaftszweige um. Die Digitalisierung und Vernetzung von Menschen, Gütern und Systemen untereinander ermöglicht führerlos fahrende Fahrzeuge oder lernfähige Roboter.

Für den Wirtschaftsraum Zürich ist der digitale Wandel von besonderer Bedeutung, weil der Treiber des technologischen Wandels, die Informations- und Kommunikationstechnologie, eine Schlüsselbranche des Standortes ist. Sein Finanzplatz wird sich unter dem Einfluss neuer Technologien fundamental verändern. Fachleute sind sich einig, dass eine erfolgreiche Bewältigung des digitalen Wandels entscheidend sein wird, um die Spitzenposition im internationalen Standortwettbewerb zu halten oder zu verbessern.

## Welche Rahmenbedingungen braucht die digitale Wirtschaft?

Studien zu Auswirkungen, Chancen und Risiken der sogenannten vierten industriellen Revolution erschienen in den letzten Monaten mit schöner Regelmässigkeit. Dennoch besteht Ungewissheit darüber, in welchem Masse Arbeitsplätze verschwinden werden, neue entstehen und wohin die Reise dereinst führen wird.

Weil die neuen Geschäftsmodelle die traditionelle Wirtschaft in Bedrängnis bringen, werden Forderungen nach regulierendem Eingreifen des Staates durch Vorschriften und Verbote laut. Mancherorts ist dies bereits geschehen, wie die unterschiedlichen Reaktionen auf die Ausbreitung von Airbnb oder die Vormachtstellung der Hotelbuchungsplattform booking.com zeigen. Regulierungen hinken der laufenden Entwicklung jedoch immer hinterher. Im Bereich der digitalen Geschäftsfelder gilt dies umso mehr, als diese weniger berechenbar sind und sich rasch ausbreiten können. Wo der Wandel beschleunigt ist, sind neue Rezepte des staatlichen Handelns gefragt.

Die Herangehensweise an diverse Fragestellungen, die digitale Geschäftsmodelle aufwerfen, muss den traditionellen Pfad der politischen Entscheidungsfindung verlassen. Die Zürcher Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh plädiert deshalb für eine sogenannte «Politik 4.0», die auf einen dialogbasierten Prozess mit den verschiedenen Akteuren setzt (S.10). Bruno Sauter, Chef des Amtes für Wirtschaft und Arbeit, sieht

als Basis solcher Dialoge eine Art Frühwarnsystem. Jene Bereiche, die für die digitale Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind, sollen laufend durchleuchtet werden, um rechtzeitig Vorschläge für regulatorische Anpassungen anzustossen (S.6). Eine solche «Out-of-the-Box»-Herangehensweise an wichtige Fragen, die der digitale Wandel aufwirft, würde neuen Handlungsspielraum eröffnen. Politik und Verwaltung können sich dem digitalen Wandel ebenso wenig verschliessen wie die Unternehmen. ■

Irene Tschopp, Kommunikation AWA

## Regulierungsfragen digitaler Geschäftsmodelle

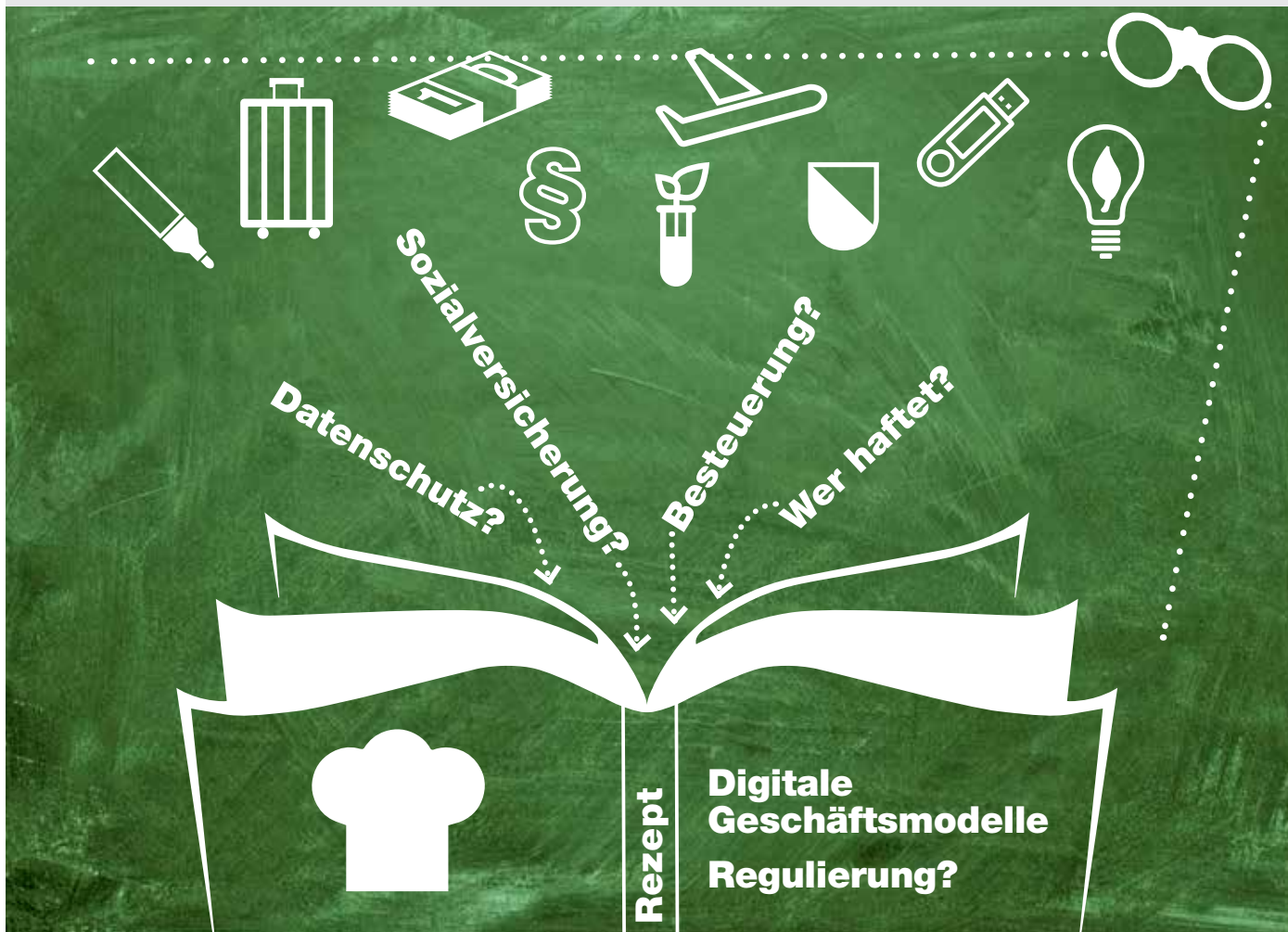
Digitale Geschäftsmodelle beinhalten häufig eine Basisdienstleistung (z.B. Personenbeförderung oder Beherbergung) sowie eine Vermittlungsdienstleistung (plattformbasierte Transaktion). Wegen strittiger rechtlicher Aspekte und offener Regulierungsfragen sehen sich gewisse Anbieter mit Kritik konfrontiert, die dem Geschäft abträglich ist. Der Taxidienst Uber wurde in verschiedenen Städten in Europa bereits verboten und hat in Zürich kürzlich sein Angebot Uber Pop für nicht professionelle Fahrer zurückgezogen. Bei der Vermietungsplattform Airbnb wehrte sich die Hotellerie, weil Airbnb-Vermieter sich in ihren Augen unfair verhalten in Bezug auf Kurtaxe, Meldepflicht oder Brandschutz.

Uber und Airbnb sind bekannte Geschäftsmodelle, die verschiedene Nachahmerversionen haben und weitere erhalten werden. Bei digitalen Geschäftsmodellen mit plattformbasierten Transaktionen, aber auch beim Einsatz robotergesteuerter Maschinen oder Fahrzeuge stellen sich verschiedene Fragen der Regulierung:

- **Arbeitsrechtliche Stellung** der Personen, die via Technologieapplikation Geld verdienen.
- Wer **haftet** bei Fehlern, Hacking oder Unfällen – etwa bei selbstfahrenden Autos oder Produktionsfehlern eines Roboters?
- **Datenschutz:** Was geschieht mit den Daten, die Anbieter von den Nutzerinnen und Nutzern erhalten?
- **Wettbewerbspolitik:** Die Tendenz zur Konzentration digitaler Plattformen verschafft diesen Anbietern Grössenvorteile und wirft Fragen in Bezug auf beschränkende Massnahmen auf.
- **Besteuerung:** Sollen zum Beispiel Self-Scanning-Kassen oder Roboter wegen des damit einhergehenden Verlusts an Arbeitsplätzen mit einer Steuer belastet werden? Wo finden sich Anknüpfungspunkte für eine mögliche Besteuerung, wenn Unternehmen örtlich nicht greifbar sind?

# Digitalisierung smart reguliert

Politik 4.0 setzt auf Früherkennung, offenen Dialog mit verschiedensten Akteuren und smarte Regulierung.



## Gute Rezepte für smarte Regeln

Dank «Horizon Scanning» in wichtigen Wirtschaftsklustern können Politik und Verwaltung mit Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft für relevante Anliegen kluge Lösungen umsetzen.

## Neues Politikverständnis im Zeitalter der Digitalisierung

Die Politik 4.0 will den offenen Dialog gezielt einsetzen, um Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung flexibler und differenzierter als bisher zu bearbeiten. Das Ziel ist eine smarte Regulierung, bestehend – wo notwendig – aus Rahmengesetzen für grundlegende Vorschriften, situativen Erlassen von Kantonen und Gemeinden sowie der Möglichkeit, Regeln phasenweise den Entwicklungen anzupassen. Die im Kontext der Digitalisierung aufkommenden Fragestellungen werden von der Verwaltung aufgezeigt, die in wichtigen Wirtschaftsklustern ein «Horizon Scanning» vorantreibt.

Die smarte Regulierung beginnt mit der Früherkennung relevanter Anliegen und setzt sich fort im Dialog von Politik und Verwaltung mit Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Die gemeinsame Analyse von Praxiserfahrungen und allgemein akzeptierten Auflagen soll in smarte Regeln einfließen, die mit der Realität Schritt halten. Die Politik 4.0 kann so opportune Rahmenbedingungen und faire Marktbedingungen sowohl für junge wie auch etablierte Firmen, aber auch klare Vorgaben für den Arbeitnehmerschutz im Kontext digitaler Geschäftsmodelle schaffen. ■

Lucie Hribal, Kommunikation AWA